

Antrag

**der Abgeordneten Sandro Kappe, Dennis Thering, Dr. Anke Frieling,
Ralf Niedmers, Silke Seif, Eckard Graage (CDU) und Fraktion**

Betr.: Taubenschläge in allen Bezirken etablieren mit dem Ziel, die Taubenpopulation zu reduzieren

Tauben sind alltägliche Begleiter im gesamten Stadtgebiet. Jeder Bezirk weist häufig mehrere Hotspots auf. Ihre Population ist hier besonders hoch und führt oftmals zu Problemen und Konflikten mit Gewerbetreibenden und Anwohnern. Um ihnen ein artgemäßes Leben in der Stadt zu ermöglichen, sind Maßnahmen zur Kontrolle der Taubenpopulation unverzichtbar. Fütterungsverbote, Abwehrrichtungen oder die Tötungen der Tiere sind keine akkuraten Mittel, um dieses Ziel zu erreichen, und laufen den Vorgaben des Tierschutzes zuwider.

Vielmehr sollte versucht werden, ein geeignetes Verhältnis von Futterangebot, Anzahl der Nistplätze und der Größe der Taubenpopulation zu etablieren. Dazu eignet sich die Aufstellung eines Taubenschlages an einer dafür geeigneten Stelle im Umkreis des Marktplatzes, möglichst standortnah zu den bisherigen Brutplätzen der Vögel.

Nach der Einrichtung solch eines Taubenschlages kann der Bestand effektiv kontrolliert werden, indem zuverlässige Helfer die gelegten Eier durch künstliche Eier austauschen. Zusätzlich kann durch die Bereitstellung von Futter und frischem Wasser die Gesundheit der Population verbessert werden. Damit reduziert sich auch die Übertragungswahrscheinlichkeit von Krankheiten zwischen den Tieren und auf den Menschen.

Im Bezirk Altona besteht Konsens, dass für einen spürbaren Effekt mindestens drei Taubenschläge (Bahnhof Altona/Kerngebiet Ottensen) benötigt werden. Am Bahnhof Barmbek werden bereits Vorbereitungsarbeiten vorgenommen. Die Bezirksversammlung Hamburg-Nord hat die Bereitstellung von 50.000 Euro zur Errichtung und Unterhaltung des Schlages während der zweijährigen Pilotierungsphase beschlossen. Die Behörde für Justiz und Verbraucherschutz (BJV) wird für die Betreuung des Schlages in den Haushaltsjahren 2023/2024 Haushaltsmittel in Höhe von insgesamt bis zu 18.000 Euro bereitstellen (Drs. 22/11239).

Es ist nicht nachvollziehbar, warum die BJV bisher lediglich Mittel für einen Taubenschlag in einem Bezirk zur Verfügung stellt, wenn doch alle Bezirke von der Taubenproblematik betroffen sind.

Die Bürgerschaft möge daher beschließen:

Der Senat wird ersucht,

1. allen Bezirken auskömmliche Mittel für die Umsetzung eines Taubenschlages zur Verfügung zu stellen.
2. der Bürgerschaft bis zum 31.12.2023 zu berichten.